

Sahra Wagenknechts Statements zur Impfpflicht und zum Russland-Ukraine-Konflikt

Am 27. November 2021 wurde die deutsche Politikerin und Publizistin Sahra Wagenknecht in der Sendung "NZZ-Standpunkte" im Schweizer Fernsehen interviewt. Als einzige Politikerin fiel sie auf durch ihre mutigen Worte gegen die Corona-Massnahmen und ihr Eintreten (als Ungeimpfte) gegen die Impfpflicht. Nun findet sie auch mutige Worte, um dem Ukraine-Russland-Konflikt ein Ende zu bereiten. Das Folgende ist ein Auszug aus ihren News.

Zu den Corona-Massnahmen

Seit bald zwei Jahren leben wir mit Einschränkungen durch die Corona-Pandemie. Seit knapp drei Monaten wird Ungeimpften die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verwehrt - ohne dass es dafür eine epidemiologische Begründung gäbe, denn auch Geimpfte können sich und andere anstecken. Doch es gibt gute Nachrichten: Da nur wenige Menschen, die sich mit Omikron infizieren, auch schwer erkranken, rechnet die Deutsche Krankenhausgesellschaft inzwischen nicht mehr damit, dass die Omikron-Welle zu einer Überlastung der Krankenhäuser führt.

Warum ich eine Impfpflicht kategorisch ablehne

Brauchen wir eine Impfpflicht, um den Weg aus der Pandemie zu finden? Warum demonstrieren Menschen gegen die Corona-Politik, und wie sollte man mit diesen Protesten umgehen? Und wie sollte sich die Bundesregierung in der Russland-Ukraine-Krise positionieren? Über diese Fragen habe ich bei Sandra Maischberger mit dem ehemaligen Bundesinnenminister Gert Hart Baum (FDP) diskutiert:

Wir wissen nicht, wie sich das Virus weiter entwickelt. Es gibt die Hoffnung einiger Virologen, dass mit Omikron das Ende der Pandemie eingeleitet wird, andere befürchten gefährliche Mutationen. Niemand weiß derzeit, was kommt und wie die Impfung dagegen wirken wird. Wie soll man auf dieser Grundlage über eine Impfpflicht ent-



Die linke Politikerin und Publizistin Sahra Wagenknecht, mit dem früheren Bundesminister für Finanzen Oskar Lafontaine verheiratet, ist seit dem Jahr 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Pflegenotstand bekämpfen statt Massnahmen verschärfen

Mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht hat sich die Politik 'ein bisschen in eine Impf-Falle verrannt', kritisiert der Virologe Streeck, der zu Recht fordert, stärker die wissenschaftlichen Gründe für und wider eine Impfpflicht gegeneinander zu stellen. Auch die möglichen Folgen einer solchen Impfpflicht sollte man bedenken: Wird sich der Pflegenotstand dadurch verschärfen und falls ja, wer versorgt dann die Menschen, die auf häusliche oder stationäre Pflege angewiesen sind? Dies wollte mein Kollege Jan Korte von der Bundesregierung wissen, doch leider liegen der Bundesregierung zur Frage, wie viele Pflegekräfte wegen der Einführung der Impfpflicht ausfallen könnten, keine Zahlen vor."

Zum Russland-Ukraine-Konflikt

Sahra Wagenknecht nennt den Krieg gegen die Ukraine im Newsletter vom 3. März "völkerrechtswidrig". Sie schreibt: "In einer martialischen Rede hat Bundeskanzler Olaf Scholz am letzten Sonntag ein riesiges Aufrüstungsprogramm angekündigt: Mindestens 2 Prozent der Wirtschaftsleistung soll künftig in Waffen und

scheiden? Man impft doch nicht ins Blaue hinein. Auch in der Talkshow von Markus Lanz letzte Woche ging es um das Thema Impfpflicht, um den wachsenden Corona-Frust angesichts des schlechten Krisenmanagements sowie um die deutsche Position im Ukraine-Konflikt.

Kriegsgerät fließen, das sind pro Jahr rund 70 Milliarden Euro, 20 Milliarden mehr als bislang... Denken einige wirklich, dass gegenwärtige und zukünftige Konflikte mit der Atommacht Russland mit militärischen Mitteln gelöst werden können? Der Krieg in der Ukraine wird doch nicht dadurch beendet, dass das Geld, das wir für Pflegekräfte, Schulen und Kitas, für Renten, Kindergeld und umweltfreundliche Technologien so dringend brauchen, nun für ein neues Wettrüsten verpulvert wird.

Und was für eine beängstigende und geschichtsvergessene Rhetorik ist das, wenn deutsche Politiker wie Frau Baerbock das Ziel ausgeben: 'Russland zu ruinieren?' Hat die russische Bevölkerung diesen Krieg beschlossen? Kann sie ihn beenden?"

Sie fordert Friedenspolitik statt Kriegshysterie. Sie plädiert dafür, der russischen Führung auf diplomatischem Wege ein Angebot zu machen. "Ein Ende des Blutvergießens kann nur erreicht werden, indem man der russischen Führung ein Angebot macht", sagte Wagenknecht am Dienstag, den 1. März, der Deutschen Presse-Agentur. Die Umriss eines solchen Angebots seien dabei klar: "Ein sofortiger Waffenstillstand, Rückzug der russischen Truppen, die Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine, aber im Gegenzug die Zusicherung des Westens, künftig darauf zu verzichten, die ukrainischen Streitkräfte weiter in die militärischen Strukturen der Nato zu integrieren", erklärte die Linken-Abgeordnete.

Letzteres bedeute nicht nur die Garantie, dass die Ukraine nicht der Nato beitreten werde, sondern auch der Verzicht darauf, jegliche Nato-Truppen oder entsprechendes militärisches Gerät in dem Land zu stationieren. Die russische Seite könne zu einem solchen Angebot "schwer Nein sagen", und Präsident Vladimir Putin käme so sehr unter Druck, "dass er diesen Krieg möglicherweise nicht mehr weiterführen könnte", sagte Wagenknecht.

<https://www.sahra-wagenknecht.de/>